

# Finger weg vom Peršmanhof! - Gegen die Kriminalisierung von Minderheiten und Antifaschismus

Am Sonntag, den 27. Juli 2025, fand in der Gedenkstätte und im Museum Peršman ein massiver Polizeieinsatz statt. Es ist das die erste dokumentierte Hausdurchsuchung in einer NS-Gedenkstätte seit 1945, und das im Gedenkjahr 1945/2025.



**SOLIDARITÄT  
mit Peršmanhof**

Kommt zu den KUNDGEBUNGEN in Klagenfurt / Celovec und Wien / Dunja und fordert Aufklärung und Konsequenzen für den Polizeieinsatz während des antifaschistischen Sommercamps am **Peršmanhof**.

**DONNERSTAG**  
31.07.2025, 17.00 Uhr  
Herrengasse 7 (BMI)  
WIEN / DUNAJ

**FREITAG**  
01.08.2025, 16:00 Uhr  
Arnulfplatz 1 (Langesregierung)  
KLAGENFURT / CELOVEC

Die Kärntner Polizei kreuzte mit einem Großaufgebot von sieben Polizeifahrzeugen, 30 Polizist:innen, die teils schwer bewaffnet waren, mit Drohnen, Polizeihunden und einem Polizeihubschrauber auf dem Museumsgelände auf.

Das Ausmaß dieses Einsatzes sorgte für große Irritation. Begründet wird er von Seiten der Polizei mit Verwaltungsübertretungen, wie vermeintlich wildes Campieren und Parkvergehen. Zum Zeitpunkt des Einsatzes hat ein antifaschistisches Bildungscamp stattgefunden.

Dabei wurde im Peršmanhof eine Hausdurchsuchung durchgeführt, die Identität von mehr als 60 Besucher:innen aufgeschrieben und dutzende Verwaltungsübertretungen angezeigt. Zwei Menschen wurden wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ strafrechtlich angezeigt. Besucher:innen berichten von einem extrem aggressiven und unverhältnismäßigen Verhalten der

Polizei vor Ort, sodass einige Menschen in Tränen ausbrachen oder Panikattacken erlitten. Und das alles an einem Ort, an dem kurz vor Ende des 2. Weltkriegs vor 80 Jahren elf Familienangehörige der Familien Sadovnik und Kogoj von Angehörigen des SS- und Polizeiregiments 13 brutal ermordet wurden. Auch Nachkommen von durch das NS-Regime ermordeten Kärntner Slowenen und Sloweninnen waren vor Ort und berichteten über einen Zustand der Retraumatisierung nach dem Polizeieinsatz.

Das Vorgehen der Polizei ist an Ignoranz, Diskriminierung und Widerwärtigkeit kaum zu übertreffen. Im Rahmen dieses Polizeieinsatzes wurde nicht nur ein zentraler Gedenkort für Kärntner Slowenen und Sloweninnen, die als Minderheit in Österreich nach wie vor von Diskriminierung betroffen sind, mit Füßen getreten. Es wurde durch diese Aktion auch die Botschaft gesendet, dass antifaschistisches Engagement in Österreich kriminalisiert wird und den Schikanen des Polizeiapparats ausgesetzt ist. Noch absurder wird der Umstand in Anbetracht dessen, dass einen Tag zuvor die neofaschistischen Identitären in Wien die gesamte Innenstadt unter Polizeischutz blockieren durften, während Antifaschist:innen, die sich ihnen in den Weg stellten, brutal von der Polizei festgenommen wurden. Identitäre nahmen bei An- und Abreise ganze U-Bahn-Waggons in Beschlag und skandierten dort rassistische und faschistische Propaganda. Reaktionen bisher: keine. Österreich bleibt seiner politischen Gesinnung treu, indem es Minderheiten und antifaschistische Aktivist:innen kriminalisiert und diskriminiert. Das zeigt sich insbesondere auch nach Bekanntwerden der Verantwortlichen des niederträchtigen Polizeieinsatzes. Der Einsatz wurde nach heutigem Wissen von Gerold Taschek geleitet und von Gert-Andre Klösch unterstützt. Taschek ist Referatsleiter im Kärntner Verfassungsschutz, einer Behörde, die formal noch immer von einem ehemaligen Redner am SS-Veteranentreffen am Ulrichsberg geleitet wird und die an der Verwendung von SS-Symbolen keinen Verstoß gegen geltende Gesetze sieht. Klösch ist jener Bezirkshauptmann, der mehr als zehn Jahre lang das Ustascha-Treffen in Bleiburg/Pliberk ermöglicht hat. Dort sah er übrigens keine Möglichkeit, gegen das faschistische Treiben einzuschreiten, weil das Gelände Privatgrund sei. Wenn er nicht bei Ustascha-Anhänger:innen die Augen zudrückt oder bei Antifaschist:innen die Campierverordnung exekutiert, hält er Reden bei Veranstaltungen des deutschnationalen Kärntner Abwehrkämpferbunds. Das dürfte Fragen über die Beweggründe für den Polizeieinsatz erklären, doch nicht, wie so ein Polizeieinsatz in einem Land mit NS-Vergangenheit möglich sein kann.

Wir lassen nicht zu, dass Gedenkorte wie der Peršmanhof, die sich die Aufklärung über die nationalsozialistische Geschichte und ihre Gräueltaten zur Aufgabe gemacht haben, von der Kärntner Polizei gestört werden.

Wir lassen nicht zu, dass unsere Genoss:innen der slowenischen Minderheit in Kärnten von österreichischen Behörden gewaltvoll und diskriminierend behandelt werden. Antifaschismus ist keine Straftat und darf es auch nicht werden!

Deshalb fordern wir:

- Umfassende, unabhängige Aufklärung des Einsatzes!
- Disziplinarrechtliche Konsequenzen für die Verantwortlichen!
- Entschuldigung seitens der Behörden bei den Betroffenen und Nachfahren der Verfolgten!
- Zeithistorische Schulung der Exekutive!
- Finanzielle Absicherung des Museums!

Wir sind empört, wütend und angewidert über das Vorgehen der Polizei. Viele von uns sind sprachlos und traurig und wollen ihre Fassungslosigkeit, Wut und Trauer auf die Straße tragen. Daher rufen wir euch alle auf, am Donnerstag, den 31. Juli, um 17 Uhr vor das Bundesministerium für Inneres zu kommen!

Finger weg vom Peršmanhof!

Kein Vergeben, kein Vergessen!

### **Unterstützer:innen**

- SOS Balkanroute
- Initiative Minderheiten
- Kulturrat
- KZ-Verband Wien